



Nr. 19

26. Mai 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Moderne Verwaltung

[Onlinezugangsgesetz, die Zweite: „Der Staat muss jetzt liefern“](#)

Gewerkschaftstag dbb berlin

[Öffentlicher Dienst: Personalmangel als zentrale Herausforderung](#)

Deutscher Diversity-Tag 2023

[Öffentlicher Dienst: Zukunftsfähig durch Vielfalt](#)

dbb senioren

[Weiterentwicklung des Grundgesetzes gefordert](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Forderung nach „Gefährder-Register“ erhoben](#)

Thüringen

[Halbjahresgespräch mit der Finanzministerin](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Razzien bei der „Letzten Generation“ begrüßt](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Licht und Schatten im digitalen Klassenzimmer](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Jahresbilanz 2022: Herausforderungen für den Zoll so groß wie nie](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Moderne Verwaltung

### Onlinezugangsgesetz, die Zweite: „Der Staat muss jetzt liefern“

**Der zweite Anlauf zur Digitalisierung der Verwaltung muss „sitzen“, fordert dbb Chef Silberbach mit Blick auf den Änderungsentwurf des Bundeskabinetts zum Onlinezugangsgesetz.**

„Das verpflichtende Ziel des ursprünglichen Onlinezugangsgesetzes (OZG) aus dem Jahr 2017, bis Ende 2022 sämtliche Leistungen der Verwaltung auch digital anzubieten, wurde krachend verfehlt. Nicht etwa, weil die Beschäftigten in den Verwaltungen nicht mitgespielt hätten. Ursächlich für diesen ‚Digitalisierungs-Fail‘ waren das fortgesetzte Kleinklein aus Zuständigkeiten und Kompetenzen, fehlende Standards, unzureichende Verbindlichkeit und eine ungenügende Einbeziehung der Prozesse und des Workflows in den Verwaltungen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 24. Mai 2023 in Berlin zur Verabschiedung des OZG-Änderungsentwurfs durch das Bundeskabinett. „Bund, Länder und Kommunen haben es lediglich geschafft, flächendeckend 33 von 575 Services online anzubieten. Der im letzten Jahr beschlossene OZG-Booster für das schnellere Fertigstellen ausgewählter OZG-Leistungen brachte auch keine echte Beschleunigung. Daher muss der zweite Anlauf zur Digitalisierung der Verwaltung jetzt sitzen, der Staat muss liefern“, forderte Silberbach. „Nicht nur die von einer erdrückenden Aufgabenlast und Personalmangel ausgebremsten Kolleginnen und Kollegen warten auf digitale Entlastung, sondern auch und völlig zu Recht die Bürgerinnen und Bürger“, so der dbb Chef. Es sei grundsätzlich zu begrüßen, dass mit der Novellierung des OZG und weiterer Gesetze

die Rahmenbedingungen für die digitale Infrastruktur der Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen verbessert werden soll. „Eine leistungsfähige Digitalverwaltung ist entscheidend für die Handlungs- und Krisenfestigkeit des Staates sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eben diesen, zudem hänge auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft elementar von digital agierenden Behörden ab. „Und mit der europäischen Single-Digital-Gateway-Verordnung Ende 2023 wartet auch schon die nächste gesetzliche Frist, in der 21 Verwaltungsdienstleistungen vollständig online und medienbruchfrei über ein zentrales Portal zugänglich gemacht werden müssen“, gab Silberbach zu bedenken. Inwieweit die neue Strategie des Gesetzes, die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen bei ihren digitalen Angeboten zur Nutzung der einheitlichen BundID zu zwingen, aufgehen wird, bleibe abzuwarten. „Der einheitliche Ansatz ist richtig, das BundID-Konto muss aber endlich raus aus seinem Schattendasein. Dazu müssen sich alle Gebietskörperschaften bekennen, nicht zuletzt, um die Glaubwürdigkeit des Vorhabens zu stärken und ein Momentum bei Beschäftigten wie Bürgerinnen und Bürgern auszulösen. Bisher haben erst 11 Bundesländer explizit erklärt, dass sie die BundID übernehmen wollen – es wäre fatal, wenn das erneut in einem Kleinklein endet“, warnte Silberbach.

## Gewerkschaftstag dbb berlin

### Öffentlicher Dienst: Personalmangel als zentrale Herausforderung

**Ständig neue Aufgaben, Überstunden-Berge, mangelhafte Ausstattung: Die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst sind im Krisenmodus. dbb Chef Silberbach sagt, worauf es jetzt ankommt.**

„Krise ist nicht erst seit gestern. Krise ist vielmehr zum Normalzustand geworden“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach beim Landesgewerkschaftstag des dbb berlin am 24. Mai 2023 fest. Die Krise betreffe viele Menschen im öffentlichen Dienst: Pflegekräfte, die während der Pandemie Tag für Tag an ihre Grenzen gestoßen und auch darüber hinaus gegangen sind. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, die sich mit viel Herzblut dafür einsetzen, dass junge Menschen nicht den Anschluss verlieren. Und nicht zuletzt unzählige

Mitarbeitende, die Tag für Tag Rechtsstaatlichkeit garantieren und dabei mit Hass, Hetze, Rassismus und Populismus konfrontiert sind. „Auch wenn es brennt, halten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Laden am Laufen. Trotz unzähliger Herausforderungen sichern die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Dienst am Gemeinwohl die Daseinsvorsorge und gleiche Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsbedingungen in Deutschland“, betonte Silberbach. Es bestehe jedoch hoher Handlungsbedarf, damit das auch so bleibt.

Zentrales Problem ist der Personalmangel: „Schon heute fehlen uns 360.000 Beschäftigte“, mahnte Silberbach. „Und damit nicht genug: Bis 2030 werden über 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen, viele von ihnen sicher schon früher. Durch den eklatanten Fachkräftemangel ist das Personalsystem überlastet und das nicht erst seit gestern!“ Von der Politik forderte Silberbach: „Es braucht große Entschlossenheit – sprich massive Investitionen in die Personalgewinnung, um die klaffende Personallücke aufzufüllen und damit nichts Geringeres als die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihn wiederherzustellen.“

Den aktuellen Herausforderungen in der Hauptstadt werden dbb berlin Chef Frank Becker und seine Stellvertretenden Heike Breuning, Thomas Goiny, Torsten Jaehne, Synnöve Nüchter, Bodo Pfalzgraf und Martina Riedel auch weiterhin mit großem Engagement für die Beschäftigten begegnen: Die bisherige Landesleitung wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Der dbb

Bundesvorsitzende gratulierte: „Ihr habt die vergangenen fünf Jahre erstklassige Arbeit geleistet, was Eure Wiederwahl klar bestätigt.“ Frank Becker erinnerte daran, dass der dbb berlin schon vor fünf Jahren bei seinem Landesgewerkschaftstag eindringlich die Anwerbung qualifizierten Nachwuchses für den öffentlichen Dienst gefordert hatte, um die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung mittel- und langfristig sicherzustellen. In den vergangenen Jahren habe es jedoch an Anreizen gefehlt, eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst Berlins aufzunehmen. Im Gegenteil, eine nicht wettbewerbsfähige, teils sogar verfassungswidrige Bezahlung, unzeitgemäße Arbeitsbedingungen und verkrustete Strukturen dürften eher abschreckend gewirkt sein, so der dbb Landeschef. Becker begrüßte daher, dass der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die Zukunft eine ernsthafte Reform der öffentlichen Verwaltung verspricht. „Die neue Regierung wird sich auf jeden Fall an diesen Aussagen messen lassen müssen“, so Becker.

## Deutscher Diversity-Tag 2023

### Öffentlicher Dienst: Zukunftsfähig durch Vielfalt

**Zum Diversity-Tag 2023 betont dbb Chef Ulrich Silberbach die Unverzichtbarkeit von Vielfaltsmanagement und fordert dafür gezielte Maßnahmen.**

„Es reicht nicht aus, Vielfalt in unserer Gesellschaft lediglich anzuerkennen – wir müssen uns aktiv darum bemühen, Menschen aus verschiedensten Lebenslagen konsequent einzubeziehen. Durch stärkere Repräsentation von Vielfalt im öffentlichen Dienst kann dieser nicht nur zukunftsorientierter gestaltet werden, sondern auch die Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken“, machte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Diversity-Tag am 23. Mai 2023 deutlich.

Beim Diversity-Management ginge es nicht nur um die Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, sondern auch um Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Behinderungen und andere Dimensionen der Vielfalt. Durch die gezielte Förderung und Einbindung verschiedener Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen könne dafür gesorgt werden, eine dynamische und innovative Arbeitsumgebung zu schaffen: „Menschen mit verschiedenen Hintergründen und Identitäten bringen jeweils andere Sichtweisen an den

Tisch – das hilft uns, unterschiedlichen Themen und Herausforderungen mit einer Vielzahl von Lösungsansätzen begegnen zu können.“ Darüber hinaus sei das richtige Vielfaltsmanagement auch im Kampf gegen den Fachkräftemangel unerlässlich: „Wir müssen noch einiges dafür tun, den öffentlichen Dienst attraktiver für diverse gesellschaftliche Gruppen zu gestalten. Neben der gezielten Ansprache diverser Dimensionen der Vielfalt ist es ebenso wichtig, Bewerbungsverfahren standardmäßig anonymisiert durchzuführen“, forderte Silberbach.

Am 23. Mai 2023 ruft die Charta der Vielfalt Unternehmen und Institutionen bundesweit auf, ihr Engagement für Vielfalt zu zeigen. Ob interne Veranstaltung oder öffentliche Mitmachaktion: Der Deutsche Diversity-Tag bietet die Gelegenheit, die eigene Belegschaft und unsere Gesellschaft – online und offline – für das Thema zu sensibilisieren und öffentlich Flagge für Vielfalt zu zeigen. Als Unterzeichnender der "Charta der Vielfalt" gehört auch

---

der dbb beamtenbund und tarifunion zu den offiziellen Botschafterinnen und Botschaftern für ein vielfältiges und tolerantes Deutschland.

dbb senioren

## **Weiterentwicklung des Grundgesetzes gefordert**

**Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing fordert einen besseren Schutz vor Altersdiskriminierung durch die Erweiterung von Grundgesetz-Artikel 3.**

„Das Grundgesetz bildet das stabile Fundament unserer Demokratie und garantiert unsere Grundrechte. Den Herausforderungen der vergangenen 74 Jahre, von der Wiedervereinigung bis hin zur europäischen Integration, hat es sich gewachsen gezeigt. Es blickt, so kann man wohl sagen, auf eine echte Erfolgsgeschichte zurück“, sagte Horst Günther Klitzing aus Anlass des Tages des Grundgesetzes am 23. Mai 2023.

Dank der deutschen Verfassung und der aus ihr resultierenden, durch die Exekutive geschützten Rechte, könnten sich die dbb senioren frei organisieren und versammeln, ihre Meinungen frei äußern und auch die aktiven Kolleginnen und Kollegen des dbb bei Streikaktionen unterstützen, so Klitzing weiter. „Und ja, wir fordern eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes: Die Diskriminierungsverbote in

Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes müssen auch ausdrücklich auf das Alter ausgeweitet werden.“

Der Tag des Grundgesetzes ist der Jahrestag der feierlichen Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949. Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und wurde vom Parlamentarischen Rat, dessen Mitglieder von den Landesparlamenten gewählt worden waren, am 8. Mai 1949 beschlossen und von den drei West-Alliierten genehmigt. Es setzt sich aus einer Präambel, einem Grundrechts- und einem staatsorganisatorischen Teil zusammen. Im Grundgesetz sind die wesentlichen staatlichen System- und Werteentscheidungen festgelegt. Es steht im Rang über allen anderen deutschen Rechtsnormen.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Nordrhein-Westfalen

### **Forderung nach „Gefährder-Register“ erhoben**

**Der DBB NRW hat von der Politik mehr Anstrengung gefordert, um der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, insbesondere Polizei- und Rettungskräfte, stärker zu begegnen.**

Auslöser waren die durch Innenminister Herbert Reul veröffentlichte Zahl von über 20.000 dokumentierten körperlichen Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten alleine in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022.

Der DBB NRW mahnt bereits seit Jahren, dass die potenzielle Gefährdung von Polizei- und Rettungskräften bei der täglichen Arbeit durch die Politik nicht ernsthaft wahrgenommen wird, von gesellschaftlicher Anerkennung für die geleistete Arbeit ganz zu schweigen. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW Roland Staude sagte am 22. Mai 2023: „Nach wohlfeilen Sonntagsreden und Betroffenheitsbekundungen wird

schnell wieder zum Tagesgeschäft übergegangen. Das hilft allen öffentlich Beschäftigten, die in der Verwaltung oder auf der Straße sich täglich verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt sehen, nicht wirklich weiter.“

Dass der Minister laut Interview in der Rheinischen Post jetzt Maßnahmen ergreifen wolle, lobte Staude grundsätzlich, erwartet aber mehr konkretes Handeln: „Das Füllen der Statistik mit angezeigten Gewaltdelikten nützt den geschädigten Kolleginnen und Kollegen kaum, wenn die Taten gesellschaftlich nicht geächtet und deren Verursacher von der Justiz nicht konsequent verfolgt werden. So wäre zum Bei-

---

spiel die Einrichtung eines ‚Gefährder-Registers‘ ein erster Schritt zu mehr präventiver Sicherheit, da neben Polizei und Rettungsdiensten zum Beispiel auch Gerichtsvollzieher, Be-

schäftigte der Ordnungsbehörden oder Sozialarbeiter die potenzielle Gefährdungslage beim nächsten Einsatz besser einschätzen könnten.“

Thüringen

## **Halbjahresgespräch mit der Finanzministerin**

**Der Vorsitzende des tbb Frank Schönborn und Mitglieder der tbb Landesleitung haben am 16. Mai 2023 mit der Finanzministerin Heike Taubert und weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Finanzministeriums gesprochen.**

Anlass war das planmäßige Halbjahresgespräch der Ministerin mit den Spitzenverbänden über allgemeine beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten. Gegenstand der gut zweistündigen Unterredung waren der Pensionsbericht 2023, der Pensionsfond und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das Haushaltsrecht. Den größten Raum des Gesprächs nahmen Themen rund um die Besoldung ein. Dazu zählen der Gesetzentwurf zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation im Jahr 2023 und der Umgang mit den Widerspruchsbescheiden 2022. Der Zeitpunkt der Zusendung der Bescheide war

schlecht gewählt und führte zu Unmut in der Thüringer Beamtenschaft.

Angesprochen wurde auch der momentane Bearbeitungsstand der Beihilfebescheide, welcher in keiner Weise hinnehmbar ist. Hier sicherte das Finanzministerium Hilfe zu. Für die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen des TV-L wurden erste Ansätze besprochen. Dem tbb war weiterhin wichtig, das Jobticket, die prekäre Lage bei der Nachwuchssicherung im öffentlichen Dienst und den akuten Fachkräftemangel zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

## **Razzien bei der „Letzten Generation“ begrüßt**

**Die DPOIG hat am 24. Mai 2023 die Durchsuchungen von Objekten der „Letzten Generation“ in sieben Bundesländern begrüßt.**

Der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte dazu: „Die Justiz greift durch, das ist das richtige Signal eines wehrhaften Rechtsstaates. Die Bevölkerung, die unter dem Straßenterror dieser selbsternannten Klimaretter täglich tausendfach leidet, wird endlich als das tatsächliche Opfer dieser Kriminellen wahrgenommen. Wir begrüßen dieses konsequente Handeln der bayerischen Justiz ausdrücklich.“ In der nächsten Stufe werde es zur Bewertung der erlangten Beweise durch die unabhängige

Gerichtbarkeit kommen, die dann hoffentlich entsprechende Strafen verhängt. Wendt: „Die Straße ist kein rechtsfreier Raum und die Menschen auf dem Weg zur Arbeit sind nicht der Willkür einiger Leute ausgesetzt, die sich selbst über Recht und Gesetz stellen. Die ‚Letzte Generation‘ muss rasch Vergangenheit werden, damit die Generation Rechtsstaat wieder zu ihrem Recht kommt.“

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) Licht und Schatten im digitalen Klassenzimmer

**Gut zwei Drittel der Schulen verfügten zu Beginn des laufenden Schuljahres über angemessenes WLAN in allen Klassenräumen. Dies ist der Kern der Ergebnisse einer forsa-Umfrage, die der VBE in Auftrag gegeben hat.**

Im Jahr 2019 konnten dies lediglich 36 Prozent der Schulleitungen sagen. Den höchsten Anstieg (18 Prozentpunkte) verzeichneten die Schulen aufgrund des pandemiebedingten Distanzunterrichts zwischen den Jahren 2020 und 2021. Nochmals 12 Prozentpunkte kamen zwischen 2021 und 2022 hinzu. Allerdings muss weiterhin gut ein Drittel der Schulen ohne angemessenen Internetanschluss auskommen. Besonders prekär ist die Situation an Förder- und Sonderschulen. Hier ist lediglich die Hälfte der Schulen mit angemessenem Breitbandinternet und WLAN versorgt.

Für Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, ist die Entwicklung nur bedingt Grund zur Freude: „Die Pandemie hat die Politik gezwungen, ins Handeln zu kommen. Allerdings ist immer noch ein Drittel der Schulen unterversorgt, was die Ausstattung mit Breitband und WLAN angeht. Die Politik darf nicht erneut auf einen externen Zwang warten, um diesen Prozess

abzuschließen. Die Lücke muss schnellstens geschlossen und alle Schulen bundesweit mit angemessenem Internetzugang versorgt werden.“

Weiter erklärte Brandt: „Digitalisierung bewirkt einen umfassenden Wandel in der Bildung. Für diesen Wandel müssen die Lehrkräfte fit gemacht werden. Wenn fast die Hälfte der Schulleitungen im Schulalltag den Eindruck gewinnt, dass die Ausbildung dies nicht leistet, ist das ein bedenklicher Befund. Hier müssen die Curricula dringend den Bedarfen einer modernen Bildungslandschaft angepasst werden. Ebenso brauchen aber auch jene Lehrkräfte, die schon seit vielen Jahren im Schulbetrieb sind, passende Angebote für Fort- und Weiterbildung. Dies wohlgerne innerhalb der Dienstzeit.“

Mehr Ergebnisse der Umfrage und die Einschätzung des VBE finden Sie auf [www.vbe.de](http://www.vbe.de).

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Jahresbilanz 2022: Herausforderungen für den Zoll so groß wie nie

**Die Bilanz für das Jahr 2022 zeigt das vielfältige Aufgabenspektrum des Zolls von der Abgabenerhebung, über den Schutz der Verbrauchenden bis hin zur Bekämpfung organisierter Kriminalität bei Schwarzarbeit und Geldwäsche. Der BDZ unterstreicht in diesem Kontext ihre Forderung nach 1.200 zusätzlichen Zöllnerinnen und Zöllnern.**

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel betonte am 23. Mai 2023: „Eigentlich müsste die beispiellose Kokainschwemme, die wir zurzeit an den internationalen Seehäfen beobachten, Weckruf genug für die Politik sein, um beim Zoll endlich aufzurüsten. Der Einsatz der modernen Röntgenanlagen müsste in viel größerem Umfang mit mehr Personal stattfinden. Wir wollen die eigentlichen Warenströme stärker kontrollieren, kommen zurzeit aber mit der Beschau der Waren nicht hinterher. Die zöllnerische Tätigkeit darf sich niemals auf die reine Unterlagenprüfung beschränken. Über das Internet bestellen die Menschen mittlerweile alles Mögliche, handeln sich damit aber oft gefälschte Markenartikel oder gesundheitsschädliche Produkte ein. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beispielsweise vor giftigen Kosmetika oder Nahrungsergänzungsmitteln darf sich aber nicht nach der Kassenlage richten. Deshalb sind Stelleneinsparungen bei der Zollverwaltung der falsche Weg.“

Um den Herausforderungen angesichts Personalmangels gerecht zu werden, sieht Liebel zudem großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Der IT-basierte Austausch von Unterlagen und die Kommunikation mit Wirtschaftsbeteiligten sei zwar ein Fortschritt, jedoch müsse mehr auf die Verknüpfung nachgelagerter Prozesse innerhalb der Zollverwaltung und Schnittstellen mit anderen beteiligten Behörden geachtet werden: „Die Digitalisierung, die wir jetzt haben, gleicht eher einer Elektrifizierung papierbasierter Vorgänge. Über 100 verschiedene IT-Verfahren beim Zoll machen deutlich, dass wir es hier nicht mit ineinandergreifenden Systemen, sondern vielen Insellösungen innerhalb der Verwaltung zu tun ha-

ben. Von einer anwenderfreundlichen Gesamtlösung, von der auch die Wirtschaft profitieren würde, sind wir noch weit entfernt.“

## ***Namen und Nachrichten***

Nach fünf intensiven Verhandlungsrunden konnten dbb, NahVG und Arbeitgebende sich am 25. Mai 2023 auf ein zufriedenstellendes Ergebnis für den Kommunalen Nahverkehr Bayern verständigen. Das finale Angebot umfasst folgende Punkte: schnellstmögliche Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 1.240 Euro (620 Euro für Auszubildende), anschließend ab Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 220 Euro (110 Euro für Auszubildende und für Teilzeitbeschäftigte anteilig); Lineare Entgelterhöhungen ab dem 1. März 2024 um 200 Euro

und anschließend um 5,5 Prozent, mindestens aber 340 Euro; Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulage zum 1. Juli 2024 um 50 Euro; Verbesserungen bei der Eingruppierung im Fahrdienst ab 1. Januar 2025; Laufzeit bis 31. Dezember 2024. Das Angebot der Arbeitgebenden wird durch die dbb Tarifkommission geprüft und steht unter deren Vorbehalt. Weitere Informationen gibt es unter [www.web.de](http://www.web.de).

## **Termine:**

14. Juni 2023

### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](http://dbb-frauen.de).

18.- 19. September 2023

### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](http://dbb-senioren.de).